

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/160

22. August 1973

Gefährlich und verantwortungslos

Zu den Atomkraftplänen der Strauß-CSU

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Auswärtigen und des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 1 und 2 / 81 Zeilen

Notwendigkeit oder nur noch Luxus?

Fakten zum Thema "Strom aus Steinkohle"

Von Erwin Stahl MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für
Forschung und Technologie

Seite 3 bis 5 / 115 Zeilen

Sorgen um die Reisen in die Dritte Welt

Kritische BMZ-Studie über den Entwicklungs-
länder-Tourismus

Seite 6 und 7 / 60 Zeilen

Gefährlich und verantwortungslos

Zu den Atommachtplänen der Strauß-CSU

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Auswärtigen und des
Verteidigungsausschusses des Bundestages

Strauß schiebt wieder um sich. Vor wenigen Tagen setzte er bereits Carstens als Scharfmacher ein, der wider besseren Wissens der Bundesregierung vorwerfen mußte, sie schlage den Neutralisierungskurs ein und entwickle Entmilitarisierungstendenzen. Jetzt ermunterte Strauß den CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, Dr. Alfred Seidl, noch mehr außenpolitisches Porzellan zu zerschlagen.

Dr. Seidl wählte als Zielscheibe für seinen Auftritt den Atomwaffensperrvertrag. Dieser Vertrag müsse zu Fall gebracht werden, denn er stehe im Widerspruch "zu den elementarsten Sicherheitsinteressen des ganzen deutschen Volkes". Seidls Begründung: 1/ Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der übrigen Staaten der Euro-Group könne nur durch eine europäische nukleare Streitmacht mit ausreichender Abschreckungskapazität unter Beteiligung der Bundeswehr gewährleistet werden. 2/ Sollte es in angemessener Frist nicht zu einer solchen Streitmacht kommen, dann müsse jede Bundesregierung ihrerseits die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen in Erwägung ziehen.

Zur Sache. Ich halte Herrn Dr. Seidl zugute, daß er nicht imstande ist, die Konsequenzen seines Vorschlages politisch abzuschätzen. Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland hängt auf absehbare Zeit von zwei Bedingungen ab: 1/ Der Abschreckungsfähigkeit der NATO und 2/ ihrer Möglichkeit, flexibel und für den potentiellen Gegner un kalkulierbar auf seine militärischen Maßnahmen reagieren zu können. Solange durch die Entspannungskonferenzen MBFR, KSZE und SALT nicht die Voraussetzungen geschaffen werden, von der Kriegsverhinderungsstrategie zur Friedenssicherungsstrategie überzugehen, ist die oben beschriebene Strategie für uns unverzichtbar. Sie steht und fällt aber mit der Nuklear-Garantie, die die USA ihren europäischen Bündnispartnern gegeben hat.

Die Forderung, eine europäische Nuklear-Streitmacht in angemessener Frist zu bilden, muß aus folgenden Gründen kategorisch abgelehnt werden: 1/ Die USA könnten sich von ihrer nuklearen Bestandspflicht entbunden fühlen. 2/ Das Nebeneinander einer europäischen und amerikanischen Nuklearmacht im selben Bündnis

könnte dazu führen, daß die USA die strategische und die Europäer die taktische Nuklearkomponente verantworten. Dies kann im Falle einer Auseinandersetzung in Europa zur Regionalisierung einer atomaren Auseinandersetzung führen. Die USA und die Sowjetunion könnten dann versucht sein, gegenseitig ihre Territorien auszusparen, was zu einem kalkulierbaren Risiko für die dann überlegenen Warschauer Paktstaaten führen würde.

3/ Die Franzosen zeigen keine Bereitschaft, ihre nationale Nuklearstreitmacht unter Abgabe von Kompetenzen in eine europäische einzubringen. 4/ Die britische Atomkraft ist durch amerikanische Beteiligung entstanden und von den USA abhängig. 5/ Die englischen und französischen Konzeptionen, Entwicklungen und Techniken sind so verschieden, daß sie auf lange Zeit eine Vereinigung entgegenstehen.

6/ Eine europäische Nuklearkraft wäre nur von Wert, wenn sie sich mit den beiden bestehenden Potentialen der USA und der Sowjetunion messen könnte. Dieser Entwicklung kann schon aus finanziellen Gründen kein ernstzunehmender Politiker zustimmen. 7/ Die Entwicklung einer europäischen Nuklearkraft würde einen neuen Rüstungswettlauf in der Welt anheizen. Europäische Entwicklungen würden sich wie eine ansteckende Krankheit auf andere Staaten und Staatengruppen außerhalb Europas ausbreiten.

8/ Die Entspannungspolitik zwischen West und Ost wäre bereits im Ansatz gescheitert. Statt gleichgewichtiger, kontrollierter Truppenreduzierung würden wir zu den schrecklichen Zeiten des Kalten Krieges zurückkehren.

Die zweite Forderung des Münchner CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Seidl, die Bundeswehr mit Kernwaffen auszurüsten, wenn die westeuropäischen Staaten sich in angemessener Frist nicht auf eine nukleare Streitmacht einigen können, ist noch abenteuerlicher. 1/ Findet die Bundesrepublik Deutschland vor Einwirkungen von außen nur im Bündnis-Schutz; 2/ sprengt eine atomargerüstete Bundeswehr die NATO; und 3/ kann eine auf sich allein gestellte Bundesrepublik Deutschland sich nicht aus eigener Kraft vor massivem Druck von außen schützen.

Die Sowjetunion ist in Europa die einzige Macht, die sich aus eigener Macht verteidigen kann. Die Bundesrepublik Deutschland besitzt keine nationale Verteidigungsfähigkeit. Deshalb ist es abwegig, in rein nationalen Sicherheitsanstrengungen eine Alternative zur Entsolidarisierung in der NATO zu suchen. Deshalb sind die Vorschläge des CSU-Politikers Dr. Seidl gefährlich und verantwortungslos. Unser sicherheitspolitischer Beitrag muß darin bestehen, die Bündnissolidarität bewahren zu helfen. Die im Namen der CSU vorgetragenen Seidlschen Atompilze tragen dazu bei, das Bündnis rissig zu machen.

(-/22.8.1973/ks/ja)

Notwendigkeit oder nur noch Luxus ?

Fakten zum Thema "Strom aus Steinkohle"

Von Erwin Stahl MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses
für Forschung und Technologie

Noch bevor die Bundesregierung ihr Energiekonzept vorgestellt hat, in dem auch der heimischen Steinkohle der langerwartete Platz in der Energieversorgung unseres Staates eingeräumt werden soll, befassen sich kritische Stimmen sehr eingehend und sachlich mit den augenblicklichen Überlegungen der Bundesregierung zur Sicherung des Steinkohlenabsatzes in der Stromwirtschaft. Dabei werden aber die eigentlichen Probleme, um die es hier geht, oft nicht oder nur beiläufig angesprochen. Die tatsächlich wichtigen Probleme, um deren Lösung die Bundesregierung sich im Rahmen der Vorbereitung ihres energiepolitischen Konzepts bemüht, lassen sich in zwei simplen Fragen zusammenfassen:

1. Kann und soll der deutsche Steinkohlenbergbau auch künftig und wie lange einen Beitrag zur Sicherung unserer Stromversorgung leisten ?

2. Ist der Staat berechtigt und verpflichtet, sich im Rahmen seiner Wirtschafts- und Energiepolitik dieser Frage anzunehmen ?

Wie stellt sich tatsächlich die Lage dar ? Hierzu nur einige Fakten, die für sich selbst sprechen:

Der Strombedarf der BRD betrug 1970 rund 243 TWh; er wird bis 1980 auf annähernd 500 TWh ansteigen. Das entspricht einer Verdoppelung in zehn Jahren. Auch nach 1980 muß nach allen Prognosen mit einem ähnlich starken Anstieg des Verbrauchs gerechnet werden. Für die Deckung dieses Bedarfes stehen zunächst Wasserkraft, Braunkohle, Erdgas und Kernenergie als sog. privilegierte Energien - weil zugleich sicher und preiswert - zur Verfügung, wobei Wasserkraft, Braunkohle und Erdgas nur begrenzt vorhanden sind. Die erheblichen Verzögerungen bei der Entwicklung der Kernenergie sind als bekannt vorauszusetzen. Daraus resultiert, daß auch unter optimistischen Schätzungen die genannten Energien den Strombedarf des Jahres 1980 nur zu etwa zwei Drittel decken werden. Das verbleibende Drittel des für 1980 notwendigen Strombedarfes kann daher nur durch Steinkohle und/oder Heizöl gedeckt werden. Dabei sei hervorzuheben, daß dieses Drittel von

1980 in absoluten Zahlen ausgedrückt größer als die heutige Stromerzeugung auf der Basis Steinkohle und Heizöl ist.

Wäre die Stromwirtschaft auf den Einsatz von deutscher Steinkohle tatsächlich nicht angewiesen, so hieße das, daß dieses Drittel des Strombedarfs mit genügender Sicherheit von Importenergien, d.h. praktisch im wesentlichen vom Heizöl, gedeckt werden könnte. Die Risiken unserer Ölversorgung, die fast ausschließlich aus politisch instabilen Gebieten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas erfolgt, dürften jedoch inzwischen der breiten Öffentlichkeit klar vor Augen stehen. Das gilt doch auch für die Stromwirtschaft, in der die Versorgungssicherheit ein Gewicht haben soll und muß.

Vor diesem Hintergrund ist es wie ein "energiepolitischer Drahtseilakt ohne Netz", wenn auf die Stromerzeugung aus inländischer Steinkohle weitgehend verzichtet und ein stärkerer Anstieg der Stromerzeugung auf Ölbasis unbedenklich hingenommen wird. Wer in den letzten Monaten die ausländische Presse verfolgt hat, weiß, wie ernst andere Länder, z.B. die Schweiz, Großbritannien und die USA, dieser Sorge Rechnung tragen. Die Erkenntnis, daß einem stärkeren Anstieg des Heizölantriebs in der Stromversorgung nur durch die Aufrechterhaltung der inländischen Steinkohlenförderung begegnet werden kann, ist für die Bundesregierung das entscheidende Motiv, künftig auch die Stromversorgung durch einen angemessenen Beitrag der heimischen Steinkohle vor den erkennbaren Risiken einer Mineralölversorgung zu schützen.

Interessierte Kreise sprechen nun der Bundesregierung die Legitimation hierfür einfach ab. Offenbar vertraut sie darauf, daß die Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft von sich aus den energiepolitischen Notwendigkeiten hinreichend Rechnung tragen. Es ist die Frage zu stellen, ob dieses Vertrauen wirklich gerechtfertigt ist, wenn man sich klarmacht, daß führende Vertreter der Elektrizitätswirtschaft mehrfach öffentlich erklärt haben, die ihnen nach dem Energiewirtschaftsgesetz auferlegte Versorgungspflicht beschränke sich auf die Bereitstellung der notwendigen Stromverteilungs- und Erzeugungskapazitäten sowie auf den kommerziellen Einkauf der Primärenergie. Dabei sei es Sache des Staates, dafür zu sorgen, daß genügend importierte Primärenergien auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Selbst wenn bei einigen Repräsentanten der Stromwirtschaft die notwendige energiepolitische Einsicht vorhanden ist, so sei die Frage erlaubt, ob dies angesichts der Tatsache ausreichen kann, daß die Stromversorgung in der Bundesrepublik von fast 1.400 stromliefernden Unternehmen unterschiedlichster Größe und Struktur besorgt wird.

Kann die Bundesregierung unter diesen Umständen es sich in praxi so leicht machen wie manche ihrer Kritiker dies tun? Oder gilt nicht auch in diesem Bereich, was das Bundesverfassungs-

gericht schon 1971 festgestellt hatte, als das Gesetz über die Bevorratungspflicht mit Mineralölerzeugnissen angegriffen wurde ?

Karlsruhe hatte in seiner Entscheidung vom 16. März 1972 wörtlich festgestellt: "Die Sicherheit der Energieversorgung ... ist ein Gemeinschaftsinteresse höchsten Ranges. Die ständige Verfügbarkeit ausreichender Energiemengen ist eine entscheidende Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der gesamten Wirtschaft. Es handelt sich hier um ein von der jeweiligen Politik des Gemeinwesens unabhängiges, absolutes "Gemeinschaftsgut" ... Die Sicherstellung einer ausreichenden Energieversorgung ist auch in einer grundsätzlich marktwirtschaftlich geordneten Wirtschaft eine legitime Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik, die von der Verantwortung des Staates für den ungestörten Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens im ganzen ausgeht".

Vor diesem wichtigen politischen Hintergrund stellen sich die mehrfach zitierten methodischen Kritiken fast wirklichkeitsfremd vor. Für die Bundesregierung und den Bundestag sind sie keine Hilfe und sie bieten auch keine Alternativen für die Lösung der anstehenden Probleme. Es gibt aber auch keinen Anlaß dafür, das energiepolitische Konzept der Bundesregierung für diesen Bereich abzuändern; im Gegenteil: sie sollte es selbst dann konsequent weiterentwickeln, wenn es nicht möglich ist, die höheren Kosten der Steinkohlenverstromung aus öffentlichen Haushaltsmitteln aufzubringen. Die Stromverbraucher werden einsichtig genug sein, einen Obolus für die sichere Energieversorgung zu übernehmen. Die Notwendigkeit dafür muß ihnen nur deutlich, früh genug und detailliert dargestellt werden. Da die Kosten der Steinkohlenverstromung in der Gesamtrechnung der Kraftwirtschaft nur mit einem Bruchteil eines Pfennigs an der Kilowattstunde zu Buche schlagen, wäre diese eine mögliche Lösung. Vielleicht wäre auch ein "Sicherheitszuschlag" auf die Strompreise zu erwägen: Es wäre wohl der praktikabelste und der gerechteste Weg für alle Verbraucher, ob groß oder klein.

(-/22.8.1973/wt/hh)

+ + +

Sorgen um die Reisen in die Dritte Welt

Kritische BMZ-Studie über den Entwicklungsländer-Tourismus

Ein wesentlicher Grund für negative Auswirkungen des Tourismus in Entwicklungsländern sei die mangelhafte Informierung des Reisenden, heißt es in einer Studie über "Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Tourismus", die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgelegt worden ist. Diese Kritik richtet sich in erster Linie an bundesdeutsche Reiseorganisationen, die in zunehmenden Umfang Urlaubsreisen in Länder der Dritten Welt vermitteln, aber auch an die Entwicklungsländer selbst, die schon im eigenen Interesse für bessere Informationen sorgen sollten.

Die BMZ-Studie geht davon aus, daß in den nächsten Jahren der Urlaubs-Tourismus aus Industriestaaten in Ländern der Dritten Welt sprunghaft zunehmen wird. Bereits für 1973 wird mit 700 000 Bundesbürgern gerechnet, die in außereuropäische Entwicklungsländer reisen wollen. Dieser überstürzt wachsende Tourismus aus Industriestaaten in die Dritte Welt zerstört die natürlichen und notwendigen Sozialstrukturen der Entwicklungsländer und fördert durch die unvorbereitete Begegnung die Vorurteilsbereitschaft gegenüber andersartigen Völkern, ihren Lebensgewohnheiten sowie ihrer politischen und sozialen Zusammenhängen.

Im Übrigen wird die Illusion des Urlaubers, seine "aktive Freizeit" in einem fernen Land zu verbringen, architektonisch, kulinarisch und im Service aufrechterhalten. Die Konzeption von Bungalow-Dörfern für Urlauber birgt nach Ansicht der BMZ-Studie die Gefahr in sich, daß die einzigen Informationen der Reisenden über das besuchte Land sehr bald in Touristen-Exklaven geliefert werden. Dabei müssen sich Vorurteile verhärten, weil die "persönliche Anschauung" in solchen Freizeitzentren zu falschen Urteilen führt. Es muß untersucht werden, inwieweit solche Urlauber-Exklaven dafür verantwortlich zu machen sind, daß es nicht zu dem gewünschten

Solidarisierungseffekt kommen kann, nicht einmal dazu, daß die tatsächliche Situation der Menschen im besuchten Land erkannt wird.

Umgekehrt hinterlassen auch Touristen aus den Industriestaaten einen tiefen Eindruck bei den Menschen in den Entwicklungsländern, der aber nicht immer positiv ausfällt. So weist die Studie darauf hin, daß der "latente und inzwischen offensichtliche Weißenhaß" sowohl in arabischen als auch anderen afrikanischen Ländern weniger von der Einstellung zu den ehemaligen Kolonialherren als neuerdings von der Begegnung mit weißen Reisenden herrühre.

Auch die Fragen der volkswirtschaftlichen Wachstumszahlen und der Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Tourismus-Boom in den Entwicklungsländer werden in der BMZ-Studie kritisch analysiert. Erfahrungen zeigen, daß nur 30 vH. des vom Reisenden bezahlten Geldes im Entwicklungsland selbst bleibt. Ein wesentlicher Teil der Deviseneinnahmen muß für die Tourismus-Investitionen verwendet werden und ein weiterer Teil "versickert" im Lande, ohne daß nachgewiesen werden kann, wohin die Devisen verschwinden.

Zum Problem der Arbeitsplatz-Beschaffung durch den Tourismus heißt es in der Studie, daß die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt "nicht nur unbedingt positiv sind". So wandern Arbeitskräfte aus Landwirtschaft und Fischerei in die Tourismus-Branche ab. Dabei kann es passieren, daß Nahrungsmittel zu Preisen importiert werden müssen, die die einheimische Bevölkerung nicht mehr bezahlen kann. Ein anderes Problem besteht darin, daß die an von Industrieländern eingerichteten Hotelfachschulen ausgebildeten Arbeitskräfte trotz der Qualität der Ausbildung in niedrigeren Positionen eingesetzt werden und dann bald aus der heimischen Industrie abwandern.

Gode Japs
(-/22.8.1973/sg/ex)